



Niederschrift

24. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. April 2021, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Der Vorsitzende: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

19.

Punkt 19 der Tagesordnung: Nutzung freiwerdender Büroflächen für die Ansiedlung neuer IT-Firmen, wie beispielsweise KI-Start-ups

Antrag: AfD

Vorlage: 2021/0260

Beschluss:

Verwiesen in den Fachausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Die Antwort der Verwaltung hat sich seit der letzten Gemeinderatsitzung, in der der Antrag nicht mehr behandelt werden konnte, nicht geändert, was ich schade finde. Denn in der Verwaltungsantwort steht nicht drin, dass der Antrag nicht gut ist, sondern da steht drin, er kommt zu früh. Wie gesagt, jetzt ist ein Monat weiter vergangen und ich frage mich, ob der Antrag immer noch zu früh kommt.

Worum geht es? Wir möchten, dass der Gemeinderat die Stadtverwaltung lediglich beauftragt, ein Konzept zu erstellen, mit dem neu anzusiedelnde IT-Betriebe in bereits bestehende Büros einquartiert werden können, die einfach nicht mehr gebraucht werden. Da haben wir an das Beispiel künstliche Intelligenz vorrangig gedacht. Warum? Wir haben es heute unter TOP 7 hier im Gemeinderat einstimmig wieder verabschiedet, zum wiederholten Mal haben wir dem Ganzen zugestimmt. Wir wollen hier in Karlsruhe Firmen ansiedeln, die sich um künstliche Intelligenz kümmern.

Bei diesem ganzen Vorhaben war in den Vorberatungen und auch hier im Gemeinderat immer klar, wir wollen nicht, dass neue Bürogebäude gebaut werden, die gar nicht gebraucht werden. Da ja inzwischen klar ist, dass sich die Art, wie in vielen großen Firmen gearbeitet wird, durch

Corona dauerhaft geändert hat, glauben wir, dass jetzt doch der richtige Zeitpunkt ist, um unter den Firmen, die wir in Karlsruhe haben, eine Umfrage zu starten, einfach um zu verhindern, dass wir auf der Basis falscher Annahmen weiter planen. So weiß ich zum Beispiel, dass in der Firma, zu der ich gehöre, in der Hauptverwaltung in Karlsruhe sehr viele Büros nicht mehr benutzt werden und dass man sich generell Gedanken macht, wie man künftig die Arbeit organisiert, und sehr viele Mitarbeiter wollen nur noch an wenigen Tagen in der Woche überhaupt am Arbeitsplatz sein. Das heißt, das ist nur ein Beispiel für eine Firma, wo viele Menschen in Zukunft kein dauerhaftes Büro mehr brauchen und sich ein Büro teilen werden. Das heißt, es wird Büroraum frei. Also ich glaube, da kann es keine Diskussion drüber geben. Wir werden in Karlsruhe viel Büroraum frei bekommen und je früher wir wissen wie viel, umso früher können wir unsere Planungen darauf abstellen. Aufgrund der Verwaltungsvorlage gehe ich davon aus, wenn heute dieser Antrag von uns abgelehnt wird, dann kann die Begründung eigentlich nur sein, dass man es nicht jetzt macht, sondern irgendwann später, und dann hätte ich auch gerne gewusst, wann es dann passieren soll.

Stadträtin Mayer (GRÜNE): An der Stelle muss ich sagen, ich konnte den Antrag nicht so wirklich nachvollziehen. Zum einen ist mir gar nicht bekannt, dass aktuell jetzt auch große Unternehmen schon irgendwie öffentlich geäußert hätten, dass sie massiv Arbeitsplätze vor Ort abbauen wollen. Der zweite Punkt ist natürlich, Arbeitsplätze haben einen Riesenvorteil, und es hat eine soziale Komponente. Wir sehen ja auch gerade, wie viele Menschen jetzt zu Hause in ihren Familien, in ihren eigenen vier Wänden ihr Homeoffice erstellen. Für viele ist das auch kein dauerhafter Zustand und jetzt zu sagen, okay, wir wollen vor Ort Arbeitsplätze abbauen und das als Stadt noch vorantreiben und unterstützen, das ist vielleicht ein Prozess, der sich von selbst ergeben wird, aber da sollten wir als Stadt ganz sicher keinen Druck machen oder signalisieren, dass wir das in Karlsruhe unterstützen wollen, diesen Trend, sondern da müssen Firmen individuell für sich auch Lösungen finden.

Das kommt dann auch zum dritten Punkt. Deswegen sehen wir es genauso wie die Verwaltung, da ist aktuell der Zeitpunkt nicht dafür gegeben, jetzt schon darüber nachzudenken, sondern das ist ein Prozess, den wir als Stadt mit Sicherheit auch begleiten sollten und mitbeobachten sollten, aber noch nicht zum aktuellen Zeitpunkt, sondern wenn sich da schon etwas rauskristallisiert. Dann noch der letzte Punkt. Wir haben ja noch nicht mal den KI-Innovationspark. Wir haben uns jetzt in einem Wettbewerbsverfahren beworben, wir haben da aber noch keinen Zuschlag bekommen. Auf den hoffen wir natürlich, aber mir ist jetzt auch noch nicht bekannt, dass Firmen aus dem KI-Bereich im großen Rahmen in Karlsruhe jetzt verstärkt kleinere Arbeitsplätze oder größere suchen. Wenn sich das noch ergeben sollte, ist immer noch Zeit zum Nachdenken, aber jetzt hier so vorauszuweichen, ohne dass sich solche Trends wirklich abzeichnen, das halten wir für das ganz falsche Signal.

Stadtrat Ehlgötz (CDU): Ich finde es völlig richtig, dass man sich zur gegebenen Zeit, Herr Dr. Schmidt, darüber Gedanken machen muss, wie es denn wirtschaftlich in dieser Stadt Karlsruhe überhaupt weitergeht. Wir als CDU-Fraktion sagen jetzt einmal, die erste Priorität muss sein, Bekämpfung der Pandemie und dann müssen wir erst einmal schauen, wo entwickelt sich die Karlsruher Wirtschaft denn überhaupt hin, wo gibt es große Schwerpunkte, wo wir handeln müssen. Sie sagen, dass Büroflächen frei werden, das ist sicherlich kein Trend, Frau Kollegin Mayer. Es ist letztendlich die Wirtschaft, die diesen Trend setzt, und das sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die dazu führen werden, dass die Wirtschaft sich auch in Karlsruhe verändern wird. Und um dies, glaube ich, in naher Zukunft zu behandeln und einmal darüber zu

diskutieren, wo wollen wir uns denn hin entwickeln mit der teilweise heute schon Überkapazität an Büroflächen, wäre es, glaube ich, richtig und sinnvoll, diesen Antrag einmal im Wirtschaftsförderungsausschuss zu beleuchten, zu berichten, wie die Entwicklung vonseiten der Stadt Karlsruhe aussieht. Denn eines ist sicherlich richtig, dass wir in diesem Bereich Handlungsbedarf haben werden, aber bitte noch nicht heute und öffentlich diskutieren, deshalb Verweisung von unserer Seite mal in den Wirtschaftsförderungsausschuss.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Mir geht es ähnlich wie der Frau Kollegin Mayer. Ich kann den Antrag auch nicht ganz nachvollziehen, weil mir war nicht bewusst, dass sich im Besitz der Stadt oder der Verwaltung so viele Bürogebäude befinden. Die sind ja in der Regel am freien Markt, bei verschiedenen Immobilienträgern oder Immobilienbesitzern. Wie wir das da machen wollen, dass wir da jetzt eine Umfrage machen und dann sagen, so, wir haben hier jemanden, der euer Büro mieten möchte, ich glaube, da würden sich doch viele auf den Schlips getreten fühlen. Der Markt wird es regeln mit Sicherheit, es werden auch viele aus dem Homeoffice zurückkommen, weil sie zu Hause gar nicht optimale Arbeitsbedingungen haben. Das zeigt sich ja schon, wie viele Rückenbeschwerden und Ähnliches und Konfliktsituationen es mit den Kindern gibt,

(Zuruf von Stadtrat Ehlgötz)

genau, oder eine böse Frau, sprichst du aus Erfahrung, Thorsten? Ich kann jetzt da nicht mitreden. Ich sehe im Moment auch keinen Bedarf, das wird sich richten, und ich sehe auch eine große Gefahr, wenn wir in so einem Bereich uns auf eine Branche fokussieren würden oder das stützen. 40 Prozent unserer Gewerbesteuererinnahmen kommen schon aus dem IT-Bereich. Das ist zwar sehr charmant im Moment und sehr schick, aber man muss eins klar sehen, wir brauchen auch noch vor Ort jemanden, der es macht, und die sind natürlich auch schnell wieder weg. Die klemmen sich ihren Stick oder ihre Festplatte unter den Arm und ziehen nach Berlin, weil es da halt einfach schicker und sexier ist. Das ist die große Gefahr, wenn wir als Kommune sagen, wir fördern jetzt so arg den IT-Bereich. Diese Gefahr sehe ich da.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Wir können es gerne im Wirtschaftsförderungsausschuss noch mal vertiefen, das ist vielleicht sogar richtig und wichtig, weil unsere Leerstandsquoten, das wissen Sie, da berichten wir ja auch regelmäßig im Wirtschaftsförderungsausschuss, sind sehr gering. Wir haben unter 2 Prozent, wir haben Überblick, weil wir unsere private Immobiliendatei natürlich auch führen. Das kennen Sie auch, und insofern ist Karlsruhe auch bei der Leerstandsquote im unteren Segment. Ich sehe es ähnlich wie Frau Stadträtin Mayer und auch Frau Lorenz es gesagt haben. Wir gehen davon aus, dass das Thema Homeoffice bei vielen Unternehmen ein Zurück ins Büro bedeuten wird. Das hören wir auch von den Entscheidungsebenen, die sagen, es wird eine Mischung geben, es wird aber nicht so sein, dass zwei Drittel der Bürobauten dann leer stehen oder so, wie Sie es annehmen. Da müssen wir abwarten, wie sich da die Unternehmen entsprechend positionieren. Die Aussagen, die wir haben, sind nicht so, dass das alles Zukunft sein wird und wir diese Büroflächen, also die Privatunternehmen die Büroflächen nicht mehr benötigen.

Wir haben freundlich geantwortet, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt aus den auch von den Kollegen ausgeführten Gründen eine solche Umfrage nicht als besonders zielführend halten. Ursprünglich hatten wir sogar erst Ablehnung geschrieben. Insofern war das eine freundliche Umschreibung dessen, dass das jetzt nicht der richtige Zeitpunkt ist, darüber

zu sprechen, weil wir sehr nah unser Ohr am Puls der Zeit haben, aber gerne sind wir bereit, das mit den Fachleuten im Ausschuss auch Ihnen noch mal darzulegen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich möchte gerne noch eine bisschen das konkretisieren und bitte den Wirtschaftsförderungsausschuss auch mal zu hinterfragen, ob wir so eine Aufgabe überhaupt annehmen müssen, weil es weiß jedes Unternehmen in Karlsruhe, dass wir eine Kartei voller Bürogebäudesuchender haben. Wer einen Nachmieter sucht, der wird bei uns immer jemanden finden. Die Startups wiederum wissen, dass wir ihnen von 12 qm im Futur 2 bis sonst wohin in den diversen Gründerzentren fast jede Größe anbieten können und dass wir auch gerne bereit sind, freie Büroflächen zu vermitteln, und dass wir selber ja keinerlei Büroflächen haben, die jetzt in irgendeinen Notstand kämen. Der Markt findet sowieso vieles von sich selbst. Wir sind an der Stelle auch immer gut ansprechbar, das weiß auch jeder, und ob uns da jetzt eine Umfrage weiterhilft, die mit großem Aufwand verbunden ist, daran möchte ich eigentlich ein Fragezeichen stellen.

Das Beispiel, Herr Dr. Schmidt, das Sie in Bezug auf Ihren eigenen Arbeitgeber ansprechen, das kann ich Ihnen aufklären. Ihr Arbeitgeber hat angekündigt vor einigen Jahren, 4.500 neue Mitarbeiter einzustellen, davon etwa 2.500 zusätzlich, der Rest ist Ersatz für Fluktuation, und von diesen 2.500 Mitarbeitern hätten wir auch am Standort Karlsruhe eine erkleckliche Summe abgekriegt. Deswegen hat Ihr Arbeitgeber einen großen Erweiterungsbau vorgehabt und diesen Erweiterungsbau, der schon fast fertig geplant ist, der wird jetzt eben erst mal im Moment für ein halbes Jahr oder ein Jahr sozusagen zurückgestellt, um zu klären, wie sich Homeoffice auf den Betrieb auswirkt, aber nach meinem Kenntnisstand auch direkt von der Stelle des Vorstandsvorsitzenden gibt es da auf keinen Fall die Angst, dass es da freistehende Büroflächen gibt. Man wird nur in diese Erweiterungsideen etwas vorsichtiger einsteigen oder etwas modifizierter einsteigen. So ist, glaube ich, die Situation bei den meisten Firmen in Karlsruhe, dass die gerade auf dem Sprung waren, neue Büroflächen zusätzlich zu suchen. Das wird jetzt durch Corona ausgebremst, aber ich sehe auch immer noch nicht, und das ist in Stuttgart zum Beispiel völlig anders, ich sehe noch keine großen Leerstände. Mir ist auch noch mal wichtig, selbst wenn Sie Recht hätten, können wir nicht neu geplante Bürogebäude verhindern, wenn ein entsprechender Investor das bauen will. Also auch da einfach noch mal der Verweis darauf, in welcher Rolle wir uns hier bewegen.

Deswegen gerne in den Wirtschaftsförderungsausschuss, aber da auch noch mal alle Vor- und Nachteile abwägen, bisher hat der Markt das immer selber ganz gut richten können, ergänzt durch die Angebote, die ja auch am Markt bei uns bekannt sind.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: